

Geschlechtergerechtigkeit an den Hochschulen

Chancengleichheit in der Wissenschaft bedeutet Geschlechtergerechtigkeit und ist entscheidend für Innovationskraft und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Die rot-grüne Koalition wird

- als ersten Schritt einen verpflichtenden Frauenanteil von mindestens 40 Prozent für alle Hochschulgremien vorschreiben.
- mit den Hochschulen vereinbaren, dass transparente und formalisierte Rekrutierungsverfahren, die den Zielen der Gleichstellung gerecht werden, Standard werden.
- gemeinsam mit den Hochschulen prüfen, unter welchen Bedingungen die Einführung flexibler Zielquoten im Sinne des Kaskadenmodells umsetzbar ist.

Die offene Hochschule zum Erfolg führen

Wir wollen mehr Menschen den Zugang zur Hochschule ermöglichen. Deshalb muss die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung verbessert werden.

Die rot-grüne Koalition wird

- dafür Sorge tragen, dass bei vorbereitenden und studienbegleitenden Kursen für das Studium ohne Abitur stärker als bisher auf die Angebote der Einrichtungen der Erwachsenenbildung als Partner der Hochschulen zurückgegriffen wird.
- die Fachhochschulen in das Programm „offene Hochschule“ aufnehmen, da sie mit ihrer Anwendungsorientierung Studierenden ohne Abitur traditionell näher stehen.
- Beratungsangebote, Mentorenprogramme, und berufs begleitende Teilzeitstudiengänge als wichtige Bausteine zur Öffnung der Hochschulen ausbauen.

Studentenwerke stärken

Die niedersächsischen Studentenwerke sind aus Sicht der rot-grünen Koalition für Studierende und Hochschulen kompetente und verlässliche Partner. Sie stellen die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Studiums sicher. Ihre Service- und Betreuungsangebote sind wichtige Faktoren für den Studienerfolg und im Wettbewerb um Studierende.

Die rot-grüne Koalition wird

- sich dafür einsetzen, dass Bund und Länder flankierend zum Hochschulpakt auch ihrer sozialen Verpflichtung gegenüber den Studierenden nachkommen und in einem Hochschulsozialpakt zusätzliche Mittel für die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur des Studiums zur Verfügung stellen.

Für eine moderne Lehrerbildung in Niedersachsen

Fundament einer guten Schule ist eine gute Lehrerbildung, die auf die Anforderungen veränderter Schulwirklichkeit reagieren kann. Dafür muss ein neues Lehrerbildungsgesetz auf den Weg gebracht werden, das die Grundsätze rot-grüner Bildungspolitik enthält.

Die rot-grüne Koalition wird

- die geltende Schulformorientierung der Lehrerbildung angesichts der Veränderungen in der Schullandschaft in eine schulstufenbezogene Ausbildung umwandeln.
- für alle Lehrämter ein sechssemestriges Bachelor- und ein viersemestriges Masterstudium vorsehen.
- die Bachelor- und Masterstruktur der Lehrerbildung so weiter entwickeln, dass Studienortswechsel und länderübergreifende Mobilität durch eine Angleichung der Studienordnungen und -strukturen verbessert wird.

Bildung neu denken – mehr Qualität und mehr Gerechtigkeit

Bildung ist der Schlüssel für die gleichberechtigte Teilhabe in unserer Gesellschaft. Ein hoher Bildungsstandard ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Berufsausbildung und für die Entwicklung selbstbewusster Persönlichkeiten.

Grundsatz einer zukünftigen rot-grünen Bildungspolitik ist Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von der sozialen Herkunft. Eine umfassende Bildung wird nur dann erreicht, wenn gute und gerechte Lernbedingungen die Entwicklungschancen jedes Kindes berücksichtigen, seine vielfältigen Talente fördern und den Bildungswillen der Heranwachsenden stärken. Eine Weiterentwicklung des Schulsystems mit diesen Zielen sichert die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und hilft, die soziale Spaltung zu überwinden.

Die rot-grüne Koalition wird ihre Schulpolitik im Dialog mit den Menschen vor Ort gestalten, gemeinsam mit ihnen passende Lösungen und damit Akzeptanz finden. Sie wird dafür sorgen, dass an den Schulen ein angstfreies Lernen in einer für alle Beteiligten förderlichen Umgebung möglich, und dass eine Kultur der Anerkennung verwirklicht wird.

Dabei spielen die Bedingungen des Lernens eine große Rolle.

Die rot-grüne Koalition wird

- sich für eine bedarfsgerechte verlässliche und hochwertige frühkindliche Erziehung und Bildung in Kindertagesstätten einsetzen.
- die Umwandlung der allgemeinbildenden Schulen in Ganztagschulen vorantreiben,
- für alle Bildungseinrichtungen die Inklusion anstreben und dafür die notwendigen Voraussetzungen schaffen.
- Sitzenbleiben und Abschlusung durch individuelle Förderung überflüssig machen.
- die Chancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und aus bildungsfernen Familien durch geeignete Maßnahmen verbessern.
- den Elternwillen zum Gradmesser für die Errichtung von Gesamtschulen machen.
- durch bessere berufliche Bildung den hohen Anteil von scheiternden Jugendlichen senken und ihr Recht auf Ausbildung verwirklichen.
- Stress und Druck aus den Schulen nehmen, sich für die Senkungen der Klassenfrequenzen einsetzen, neue Formen bei der Leistungsbewertung sowie alters- und jahrgangsübergreifendes Lernen ermöglichen.
- dafür sorgen, dass die Schule ohne einseitige Beeinflussung durch Interessenverbände oder Werbeveranstaltungen bleibt. Bei Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen entscheiden die Schülerinnen und Schüler bzw. die Erziehungsberechtigten über die Teilnahme.

Frühkindliche Bildung

Frühkindliche Bildung ist der Türöffner für eine gute Bildungslaufbahn. Die rot-grüne Koalition wird die umfassende Verbesserung der frühkindlichen Bildung einschließlich der Inklusion im Dialog mit allen Verantwortlichen wie den Kommunalen Spitzenverbänden, und den Trägern sicherstellen.

Jedes Kind in Niedersachsen hat ab dem ersten Lebensjahr das Recht, eine Kindertagesstätte zu besuchen. Der Ausbau von Krippen und Kindergärten ermöglicht es neben der Bildung, Betreuung und Erziehung der Kinder auch den Eltern, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Um das Defizit an Krippenplätzen in Niedersachsen bis zum 1. August 2013 schnellst möglich abzubauen, wird die rot-grüne Koalition mit den Kommunen über eine zielgerichtete Unterstützung durch das Land verhandeln. Der Einsatz der Landesmittel soll in einem Stufenplan den regionalen Ausbauforderungen angepasst und vor Ort abgestimmt werden.

Die rot-grüne Koalition wird

- den Ausbau von Krippen am tatsächlichen Bedarf orientieren.

- ein modernes und den heutigen Realitäten angepasstes Kindertagesstättengesetz (KitaG) auf den Weg bringen, das darauf abzielt, den Personalschlüssel in Krippen und Kitas sowie das Angebot an Ganztagsplätzen zu verbessern.
- Inklusion in der frühkindlichen Bildung von der Ausnahme zur Regel machen und die rechtliche Grundlage für die inklusive Kita schaffen.
- gemeinsam mit anderen Bundesländern Bundesratsinitiativen ergreifen, um das Betreuungsgeld zu verhindern.
- einen Masterplan für mehr und hoch qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher entwickeln. Ausbildungsqualität und Weiterbildung sollen verbessert, die Attraktivität des Berufs erhöht und der Mangel an Fachpersonal behoben werden. Dazu werden die Kapazitäten an den berufsbildenden Schulen erhöht sowie weitere Studiengänge für das Lehramt mit der Fachrichtung Sozialpädagogik und entsprechende Studienseminarplätze eingerichtet.
- eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung in den Kitas und der Kindertagespflege einschließlich der Sprachförderung starten. Diesem Ziel dient ein Konzept zur Qualitätsentwicklung mit der Verankerung der pädagogischen Bildungsstandards für die Kitas. Es werden in Abstimmung mit den Trägern und den jeweiligen Akteuren vor Ort flächendeckend Konzepte für den Übergang Kita/Grundschule entwickelt und die flexible Eingangsstufe gestärkt.
- Familienzentren entwickeln, die auch niedrigschwellige Beratung - und Unterstützung anbieten.

Inklusion in der Schule

Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen sieht die rot-grüne Koalition als einen entscheidenden Schritt zur Entwicklung einer inklusiven Pädagogik an. Erst dann werden alle Menschen in ihrer sozialen und kulturellen Unterschiedlichkeit respektiert, kann sich die Vielfalt der Talente entwickeln und wird allen Kindern und Jugendlichen erfolgreiches Lernen ermöglicht. Der Blick auf die Entwicklungschancen jedes Kindes ist das zentrale Element einer Pädagogik der Vielfalt und Ermutigung.

Die rot-grüne Koalition wird

- im ständigen Dialog mit allen Beteiligten ein Aktionsprogramm zur Verwirklichung der Inklusion im Bildungsbereich entwickeln und umsetzen.
- die Unterstützungsangebote für die Weiterentwicklung der Schulen zu inklusiven Schulen ausbauen und mit zusätzlichen Ressourcen die optimale Förderung aller Kinder unterstützen.
- die Förderschulen im Dialog mit allen Beteiligten schrittweise in die bestehenden allgemeinen Schulen überführen. Den Auftakt bilden ab dem Schuljahr 2014/15 die Förderschulen mit den Schwerpunkten Sprache und emotionale und soziale Entwicklung sowie Lernen im Sekundarbereich I.
- ein Rahmenkonzept für Förderzentren in der Region entwickeln. Mit den Trägern von Privatschulen werden Konzepte für einen Übergang entwickelt.
- die im Schulgesetz vorgesehenen Regelungen zur Überweisung auf andere Schulen überprüfen und ggf. mit Alternativen sicherstellen, dass dem Anspruch der UN-Konvention entsprochen wird.

Beratung und Unterstützung der Schulen

Damit inklusive Schule und erfolgreiches Lernen gelingen, brauchen eigenverantwortliche Schulen bedarfsgerechte Beratung und Unterstützung.

Die rot-grüne Koalition wird

- auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme ein Gesamtkonzept für ein innovatives und leistungsfähiges Beratungs- und Unterstützungssystem mit folgenden Elementen erarbeiten
 - Ausbau der schulischen Sozialarbeit,
 - Aufbau von multiprofessionellen Beratungs- und Unterstützungsteams auf regionaler Ebene,

- Ausbau der schulpsychologischen Beratung,
- Verbesserung des Dienstleistungsangebots zur Entlastung der Schulen.
- die Weiterentwicklung der Schulinspektion fortsetzen und eine Inspektion aller Schulen sicherstellen.
- das Selbstverständnis der Schulaufsicht den Erfordernissen der Eigenverantwortlichen Schule anpassen und partnerschaftliche Zusammenarbeit fördern.

Koordinierungsstelle für Politische Bildung und Medienkompetenz

Um der zunehmenden Vielfalt in unserer Gesellschaft gerecht zu werden, braucht die politische Bildung adäquate Instrumente. Insofern war die Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung falsch.

Die rot-grüne Koalition wird

- im Geschäftsbereich des MK eine Koordinierungsstelle für politische Bildung und Medienkompetenz in Niedersachsen schaffen.

Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit

Die kritische Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und die Kenntnis über den Widerstand an den originären Orten sind ein wichtiger Beitrag zur politischen Bildung, zur Entwicklung von Empathie und demokratischem Bewusstsein.

Die rot-grüne Koalition wird

- die Arbeit der Gedenkstätten in Kooperation mit der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten weiterentwickeln, um so die Möglichkeit der Erfahrung und Reflektion von Geschichte zu fördern.

Demokratische Teilhabe

Schule ermöglicht über die Gremienarbeit hinaus demokratische Teilhabe und schafft Grundlagen für die Sicherung unserer demokratischen Gesellschaft.

Die rot-grüne Koalition wird

- die Beteiligungsmöglichkeiten an der Gestaltung von Unterricht und Schulleben ausbauen.
- im Dialog mit den Schulakteuren Instrumente für eine qualitätsorientierte Feedback-Kultur entwickeln.

Bildungsregionen

Regionale Bildungsnetzwerke und Bildungslandschaften sind von großer Bedeutung für die Qualität und Nachhaltigkeit der Bildungsarbeit.

Die rot-grüne Koalition wird

- die Entwicklung dieser Zusammenschlüsse unterstützen und im Dialog mit den Akteuren vor Ort ein Rahmenkonzept dafür ausarbeiten.

Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung

Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung sind Querschnittsthemen schulischer Bildung, in denen die Herausforderungen der Zukunft thematisiert und Lösungsmöglichkeiten entwickelt werden.

Die rot-grüne Koalition wird

- die vorhandenen Bausteine miteinander verzahnen und in einem Entwicklungskonzept zusammenführen.

Prävention und Gesundheitsförderung

Eine gute Schule widmet der Prävention und Gesundheitsförderung große Aufmerksamkeit. Die rot-grüne Koalition wird

- die Entwicklung und die Umsetzung von Konzepten zur Prävention, Bewegungs- und Gesundheitsförderung voranbringen und das Beratungs- und Unterstützungsangebot weiter entwickeln.

Qualifizierung

Qualitätsvolle Pädagogik erfordert die Aus- und Fortbildung sowie die Weiterbildung der Lehrkräfte nach modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Die rot-grüne Koalition wird

- alle Studienseminare bei ihrer systematischen Qualitätsentwicklung umfassend unterstützen und Einzelheiten dazu in einem Lehrerbildungsgesetz definieren.
- die Schulen durch verstärkte Fort- und Weiterbildungsangebote, vor allem zu Themen wie Inklusion, Umgang mit Heterogenität und kompetenzorientiertem Lernen, nachhaltig in ihrer Arbeit unterstützen.
- die Rahmenbedingungen für die Teilnahme an Fortbildungen verbessern.

Sprachförderung

Für Bildungsbeteiligung und erfolgreiche Teilhabe ist die Sprache eine wesentliche Voraussetzung. Zudem wird Mehrsprachigkeit in der durch Globalisierung geprägten Welt immer wichtiger.

Die rot-grüne Koalition wird

- neben der Sprachförderung im Bereich der deutschen Sprache die Potenziale der Herkunftssprachen von Schülerinnen und Schülern verstärkt fördern und in den Sekundarstufen der Schulen den herkunftssprachlichen Unterricht ausbauen.

Ganztagsschulen

Erfolgreiches Lernen braucht Zeit und gute Konzepte. Ganztagsschulen sind dafür die beste Lösung. Sie sind am besten geeignet, alle Kinder in ihrer Entwicklung zu fördern, Bildungsbenachteiligungen auszugleichen und Familien zu entlasten. Sie eröffnen Gestaltungsspielräume für eine gute Strukturierung des Tages und Kooperationen mit Partnern in der Gemeinde und im regionalen Umfeld. Ganztagsschulen bieten mehr Zeit für individuelles und gemeinsames Lernen.

Die rot-grüne Koalition wird

- es allen Schulen ermöglichen, gebundene Ganztagsschulen zu werden.
- den Ausbau entsprechend den gegenwärtigen finanziellen Rahmenbedingungen nach einem Prioritäten- und Stufenplan vornehmen. Darin sollen die verschiedenen Formen der Ganztagsschulen gleichrangig berücksichtigt werden.
- Gesamtschulen vorrangig berücksichtigen, da dort das pädagogische Konzept bereits auf Ganztage ausgerichtet ist.
- in einem neuen Konzept den Hort-Einrichtungen eine enge Kooperation mit Ganztagsgrundschulen ermöglichen. Ziel ist es, den Eltern eine umfassendere und gemeinsam organisierte hochwertige Tagesbetreuung anzubieten.

Schullandschaft

Die rot-grüne Koalition wird

- die bisher starre und von Verboten gekennzeichnete Schulstrukturpolitik beenden. Damit können die kommunalen Schulträger künftig ein regional angepasstes, flexibles und stabiles Schulangebot vorhalten, das den Anforderungen an hohe Qualität und demografische Veränderungen entspricht.

Die rot-grüne Koalition ist davon überzeugt, dass die pädagogischen Konzepte, die Planungen der einzelnen Schulträger und die Elternwünsche ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Bildungsangebot in den Regionen fördern.

Die rot-grüne Koalition wird für die verschiedenen Schulformen folgende Ziele anstreben:

Grundschule

Bessere pädagogische Qualität an der Grundschule, einer wichtigen Station jeder Bildungslaufbahn, steht in der Bildungspolitik an oberster Stelle.

Die rot-grüne Koalition wird

- die förmliche Empfehlung am Ende der Grundschule für die weiterführende Schule abschaffen. Stattdessen werden Eltern Beratung und Orientierung erhalten.
- es ermöglichen, das Benotungssystem durch Lernentwicklungsberichte zu ersetzen.
- Grundschulleitungen an Ganztagschulen deutlich entlasten, um Ganztags bei den Grundschulen zu fördern.
- die organisatorische Zusammenfassung von Grundschulen und Gesamtschulen ermöglichen.
- kleinen Grundschulstandorten die Bildung von Schulverbänden ermöglichen und bei Schulzusammenlegungen Nachteile verhindern.

Gesamtschule

Gesamtschulen soll es überall dort geben, wo Eltern und Schulträger dies wünschen. Deshalb wird die Benachteiligung von Gesamtschulen auf allen Ebenen beendet.

Die rot-grüne Koalition wird

- unverzüglich dafür sorgen, dass die Errichtung von vierzügigen und – bei Sicherstellung der qualitativen Voraussetzungen – auch dreizügigen Gesamtschulen ermöglicht wird, um diese Schulform auch im ländlichen Raum anzubieten.
- bei den Ausnahmeregelungen für alle Schulen die diskriminierenden Regelungen für Gesamtschulen abschaffen.
- Gesamtschulen als ersetzende Schulform zulassen.
- an Gesamtschulen das Abitur nach neun Jahren wieder zulassen.
- für Gesamtschulen wieder den Anspruch einführen, echte gebundene Ganztagschulen zu sein.

Hauptschulen, Realschulen, Oberschulen, kooperative Gesamtschulen

Die Schulen des Sekundarbereichs I befinden sich in allen Bundesländern in einer Phase der Neuorientierung.

Die rot-grüne Koalition wird

- es kooperativen Gesamtschulen sowie anderen Schulen ermöglichen, sich zu Integrierten Gesamtschulen weiter zu entwickeln. Gemeinsam mit den Schulträgern und den Betroffenen vor Ort

soll bei Interesse Haupt-, Real- und Oberschulen ein stärker integriertes Arbeiten ermöglicht werden. Neue Oberschulen arbeiten jahrgangsbezogen.

- Jede Schulform muss auch einen Weg zum Abitur offen halten.

Gymnasien

Gymnasien haben vorrangig die Aufgabe, Schülerinnen und Schüler zur allgemeinen Hochschulreife zu führen. Die rot-grüne Koalition nimmt den Wunsch zahlreicher Eltern ernst, auch an den Gymnasien wieder das Abitur nach neun Jahren anzubieten, und sie berücksichtigt dabei die hohe Belastung der Schülerinnen und Schüler. Die rot-grüne Koalition wird

- im ergebnisoffenen Dialog mit den Beteiligten und mit ausreichender Zeit für die Umstellung praktikable Möglichkeiten erörtern und umsetzen, mit denen der Druck aus den Gymnasien genommen werden kann. Dazu gehört unter anderem eine Wahlmöglichkeit für die Gymnasien, sich in Zusammenarbeit mit den Schulträgern für ein Abitur nach 12 oder 13 Jahren zu entscheiden. Zudem sollen Lösungen entwickelt werden, um die Verdichtung des Lernstoffs abzubauen, neue Formen der Leistungsüberprüfung und eine Reduzierung der Prüfungsfächer in der Oberstufe zu ermöglichen und die Oberstufe zu reformieren.

Berufliche Bildung

Die rot-grüne Koalition sieht allgemeine und berufliche Bildung als gleichwertig an.

Die rot-grüne Koalition wird

- die erfolgreiche duale Ausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule stärken. Weiter wird sie vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gemeinsam mit den beteiligten Akteuren dafür sorgen, dass die Qualität der beruflichen Bildung und eine möglichst wohnortnahe berufliche Grundbildung erhalten bleiben.
- die Berufsbildenden Schulen dabei unterstützen, die Anforderungen an eine inklusive Schule erfolgreich zu bewältigen.

Recht auf Ausbildung

Alle Jugendlichen haben ein Recht auf berufliche Ausbildung. Doch bisher wechseln zahlreiche Schulabsolventinnen und -absolventen nach der Schule in Übergangssysteme, die nicht auf Ausbildung angerechnet werden oder keinen Ausbildungsabschluss sicherstellen.

Die rot-grüne Koalition wird

- den Einstieg in anerkannte Berufsausbildung unterstützen.

Vorrang hat die Ausbildung im dualen System. Wer dort keinen Ausbildungsplatz erhält, soll spätestens ein halbes Jahr nach Verlassen der Schule in eine anerkannte Berufsausbildung eintreten können. Diese wird in enger Kooperation mit Betrieben durchgeführt. Ziel ist, dass die jungen Auszubildenden währenddessen möglichst unter Anerkennung der erbrachten Ausbildungsleistung in die duale Ausbildung der Betriebe übergehen und mehr junge Menschen eine qualifizierte Berufsausbildung erfolgreich abschließen können. Gelingt der Übergang in die duale Ausbildung nicht, greift nach dem ersten Jahr die öffentlich geförderte Ausbildung, die mit einer Kammerprüfung abschließt.

Die rot-grüne Koalition wird

- für die Umsetzung des Rechts auf Ausbildung eng mit den Akteuren der beruflichen Bildung, insbesondere mit den Berufsbildenden Schulen, der ausbildenden Wirtschaft, den Gewerkschaften und den Schulträgern zusammen arbeiten.

Schulen in freier Trägerschaft

Schulen in freier Trägerschaft sind und bleiben ein wertvoller Bestandteil der Bildungslandschaft in Niedersachsen.

Die rot-grüne Koalition wird

- in den kommenden Jahren eine gerechte Finanzierung sicherstellen und die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den öffentlichen Schulen verbessern.

Gleichzeitig wird die Einhaltung des Sonderungsverbots regelmäßig geprüft, um einer sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Religionen und Weltanschauungen

Die rot-grüne Koalition wird

- im Dialog mit den Kirchen sowie Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften den Religionsunterricht weiter entwickeln.